

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
6. Wahlperiode
Enquete-Kommission
„Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“

Protokoll Nr. 1

KURZPROTOKOLL

der konstituierenden und 1. Sitzung der Enquete-Kommission
„Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“
am Freitag, dem 13. April 2012, 10:00 Uhr,
in Schwerin, Schloss, Plenarsaal

Vorsitz: 1. Vizepräsidentin Beate Schlupp
Abg. Jörg Heydorn

TAGESORDNUNG

1. Konstituierung der Kommission
hierzu: Anlage 1
2. Allgemeine Aussprache zum Aufgabengebiet und zur Arbeitsweise der Kommission
hierzu: Anlage 2
3. Allgemeine Kommissionsangelegenheiten

PUNKT 1 DER TAGESORDNUNG

Konstituierung der Kommission

hierzu: Anlage 1

Erste Vizepräsidentin **Beate Schlupp** eröffnet die konstituierende Sitzung der Enquete-Kommission und weist darauf hin, dass der Landtag in seiner 8. Sitzung am 1. Februar 2012 beschlossen habe, eine Enquete-Kommission mit 21 Mitgliedern zum Thema „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ einzusetzen. Sie gibt die von den Fraktionen benannten parlamentarischen und nicht parlamentarischen Mitglieder der Kommission bekannt (Tischvorlage, Anlage 1) und erinnert daran, dass der Landtag auf Grundlage des Gesetzes über die Einsetzung und das Verfahren von Enquete-Kommissionen (Enquete-Kommissions-Gesetz – EKG M-V) vom 9. Juli 2002 in seiner 11. Sitzung am 6. März 2012 den Abgeordneten Jörg Heydorn zum Vorsitzenden und die Abgeordnete Karen Stramm zur stellvertretenden Vorsitzenden der Enquete-Kommission gewählt habe. Sie wünscht der Kommission für ihre Arbeit alles Gute und dankt insbesondere den nicht parlamentarischen Mitgliedern für ihre Bereitschaft, sich in die Arbeit dieses Gremiums einzubringen. Anschließend übergibt sie die weitere Leitung der Sitzung an den Vorsitzenden der Enquete-Kommission, Jörg Heydorn.

PUNKT 2 DER TAGESORDNUNG

Allgemeine Aussprache zum Aufgabengebiet und zur Arbeitsweise der Kommission

hierzu: Anlage 2

Vors. **Jörg Heydorn** dankt der Ersten Vizepräsidentin Beate Schlupp für die einleitenden Worte und das ihm entgegengebrachte Vertrauen. Er begrüßt seinerseits die Mitglieder zur 1. Sitzung der Enquete-Kommission und wünscht der Kommission eine erfolgreiche Arbeit. Er bittet die Mitglieder der Kommission zu einem gemeinsamen Fototermin und unterbricht die Sitzung.

Unterbrechung der Sitzung von 10:07 Uhr bis 10:11 Uhr

Vors. **Jörg Heydorn** regt an, zunächst Verfahrensfragen zu erörtern und stellt das Sekretariat der Enquete-Kommission als Ansprechpartner für alle Belange der Kommissionsarbeit vor. Die Sitzungen würden vom Vorsitzenden und dem Sekretariat vorbereitet. Die Materialien, die dem Kommissionssekretariat vorlägen, würden als Kommissionsdrucksachen allen ordentlichen Kommissionsmitgliedern zugesandt. Sollten auch stellvertretende Kommissionsmitglieder diese Unterlagen benötigen, mögen sich diese an das Kommissionssekretariat wenden. Die Verteilung der Kommissionsprotokolle erfolge entsprechend § 24 Absatz 3 in Verbindung mit Anlage 5 der Geschäftsordnung. Die Kommission könne Arbeitsbesuche und Kommissionsfahrten innerhalb Mecklenburg-Vorpommerns durchführen.

Die **Enquete-Kommission** ermächtigt einstimmig den Vorsitzenden, Petitionen im Sinne von Artikel 10 der Verfassung Mecklenburg-Vorpommerns, die nicht Angelegenheiten der laufenden Kommissionsarbeit berühren, an den Petitionsausschuss weiterzuleiten.

Vors. **Jörg Heydorn** schlägt vor, sonstige Schreiben gemäß den gefassten Kommissionsbeschlüssen zu beantworten. Schreiben und Antworten des Vorsitzenden könnten jederzeit von den Kommissionsmitgliedern im Sekretariat eingesehen werden.

Die **Enquete-Kommission** stimmt der vorgeschlagenen Verfahrensweise zu, dem Petitionsausschuss die Stellungnahmen zu den vom Petitionsausschuss übergebenen Eingaben nach Abschluss der Beratungen zuzuleiten.

Abg. **Maika Friemann-Jennert** fragt nach, wie sie Kenntnis darüber erhalte, welche Fragen an die Kommission gerichtet würden.

Vors. **Jörg Heydorn** betont, dass Unterlagen, welche die Kommissionsarbeit betreffen, den Kommissionsmitgliedern als Kommissionsdrucksache zur Kenntnis gegeben würden.

Die **Enquete-Kommission** ermächtigt den Vorsitzenden und die stellvertretende Vorsitzende, ohne Einzelbeschluss der Kommission an fachbezogenen Veranstaltungen teilzunehmen.

Vors. **Jörg Heydorn** stellt die Obleute vor, welche die Fraktionen nach § 11 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Landtages gegenüber dem Kommissionsvorsitzenden benannt haben.

Die **Enquete-Kommission** stimmt dem vorgeschlagenen Verfahren zu, dass bei Abwesenheit des Vorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden zunächst der Obmann der Fraktion des Vorsitzenden und im Falle dessen Verhinderung der dienstälteste anwesende Abgeordnete die Sitzung leite.

Vors. **Jörg Heydorn** regt an, dass sich die Kommission in der heutigen Beratung auf weitere Sitzungstermine verständige. Es lägen ausreichend Daten zum demografischen Wandel in Mecklenburg-Vorpommern vor. Sachbezogene Konsensbildung innerhalb der Kommission solle umsetzungsorientiertes Handeln ermöglichen. Die überwiegende Mehrheit der 55- bis 60-Jährigen habe heute nur geringe Mobilitätsprobleme, mehr Probleme gebe es bei der Arbeit, gerade in der Altersgruppe der jungen Alten, während zum Beispiel die Hochbetagten davon nicht in dem Maße betroffen seien, da sie sich schon länger im Rentenalter befänden. Im Vorfeld der Sitzung seien einige Themen benannt worden, die als besonders wichtig für die Kommissionsarbeit erachtet würden: Wohnen, Mobilität, Infrastruktur, Arbeit und bürger-

schaftliches Engagement, Bildung sowie Gesundheit und Pflege. Zur Bestimmung von Sitzungsterminen verweist er auf den Entwurf des Sekretariates (Tischvorlage, Anlage 2).

Abg. **Bernd Schubert** erklärt, dass gerade der Mittwoch in der sogenannten weißen Woche für Abgeordnete mit weiten Fahrwegen wenig geeignet sei. Er schlage als Sitzungstermin den Freitag in den Ausschusswochen vor.

Vors. **Jörg Heydorn** merkt an, dass der Mittwoch nicht willkürlich festgelegt, sondern in Vorgesprächen ermittelt worden sei, da es Präferenzen für den Mittwoch in der weißen Woche gegeben hätte. Der Sitzungsplan sei auf der nächsten Sitzung am 30. Mai 2012 mit dem Ziel einer einvernehmlichen Einigung nochmals zu erörtern. Er schlägt vor, für die Sitzung am 30. Mai 2012 Fragenkataloge zur Lebenssituation der älteren Menschen in Mecklenburg-Vorpommern differenziert, nach jungen Alten und Hochbetagten, bis zum 15. Mai 2012 an das Sekretariat der Kommission einzureichen. Darüber hinaus hebt er die Notwendigkeit von Anhörungen aufgrund der Komplexität und der Vielschichtigkeit der Thematik der Enquete-Kommission hervor. Detaillierte Entscheidungen hierzu seien nach der Sommerpause durch die Enquete-Kommission zu treffen. Wegen verschiedener anderweitiger terminlicher Verpflichtungen von Kommissionsmitgliedern an den vorgesehenen Sitzungstagen im September werde das Sekretariat für das laufende Kalenderjahr den Sitzungsplan mit den Kommissionsmitgliedern abstimmen.

Roland Blank (Geschäftsführer des Verbandes norddeutscher Wohnungsunternehmen e. V.) hält inhaltliche Einführungsvorträge in die unterschiedlichen Themen grundsätzlich für notwendig. Daher schlage er für die nächste Sitzung vor, die Autoren des Strategieberichtes der IMAG Demografischer Wandel der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern [*Landtagsdrucksache 5/4126*] einzuladen. Des Weiteren halte er es für sinnvoll, zur Lebenssituation der Älteren weitere inhaltliche Beiträge einzuholen, aus denen sich Fragen ableiten ließen. Er könne sich vorstellen, zum Thema Wohnen einen kurzen Einführungsbeitrag zu halten.

Abg. **Julian Barlen** betont, dass er die vom Vorsitzenden vorgeschlagene Vorgehensweise für zielführend erachte. Sinnvoll sei, sich mit der Lebenssituation der älte-

ren Menschen zu beschäftigen, um in den Fraktionen mit den nicht parlamentarischen Mitgliedern einen Fragenkatalog zu erarbeiten. Das setze voraus, sich mit einer größeren Anzahl von Experten ins Benehmen zu setzen. Zur Behandlung der einzelnen Themen sei es wichtig, sich ein erstes Gutachten, ein Grundsatzpapier, als Beratungsgrundlage zu geben. Dieses Grundsatzpapier solle auf dem zu erarbeitenden Fragenkatalog basieren. Dies sei auch ein bewährtes Verfahren in anderen Landesparlamenten und im Deutschen Bundestag.

Abg. **Silke Gajek** geht davon aus, dass nicht allen Kommissionsmitgliedern der Strategiebericht der IMAG Demografischer Wandel der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern bekannt sei. Dieser Bericht solle daher allen Kommissionsmitgliedern zur Verfügung gestellt werden. Die Kommission brauche einen gleichen inhaltlichen Informationsstand. Dies gelte insbesondere für die Mitarbeit der nicht parlamentarischen Mitglieder in der Kommission. Auch sei der Aspekt der Struktur des ländlichen Raumes und der Stadtentwicklung in die Arbeit der Kommission zu integrieren.

Abg. **Karen Stramm** betont, dass sie den Mehrwert eines neuen Gutachtens nicht erkennen könne. Auch sei nicht klar, wer dieses denn erstellen solle. Der Einsetzungsbeschluss des Landtages habe den Strategiebericht der IMAG Demografischer Wandel der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern ausdrücklich als Arbeitsgrundlage benannt.

Vors. **Jörg Heydorn** stellt fest, dass die Erstellung von Gutachten nicht am Anfang der Tätigkeit der Enquete-Kommission stehe. Als Einstieg in die inhaltliche Thematik sei die Lebenssituation der älteren Bevölkerung mit Wohnsitz in Mecklenburg-Vorpommern darzustellen. Für die Tätigkeit der Enquete-Kommission notwendige Informationen sollten durch die Mitglieder des Sekretariates gegeben werden, um sie allen Mitgliedern zugänglich machen zu können. Expertenanhörungen zu den Schwerpunktthemen seien eine wichtige Informationsquelle für die Tätigkeit der Enquete-Kommission. Eingehend auf die Äußerungen von Roland Blank schlägt er vor, mit themenbezogenen Fragestellungen zu arbeiten. Von den bereits vorliegenden Arbeitsgrundlagen sei der Strategiebericht der IMAG Demografischer Wandel der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern besonders wichtig. Dieser gebe zu den durch die Kommission zu lösenden Detailproblemen aber keine tiefgründigen Hin-

weise. Der Bericht werde allen Kommissionsmitgliedern kurzfristig zur Verfügung gestellt. Eine umfassende Behandlung dieses Berichtes in der Enquete-Kommission sei angesichts der Fülle der zu bearbeitenden Themen jedoch wenig zielführend. Hierzu auftretende Fragen könne Dr. Pirko Zinnow (Leiterin des Referats 120 der Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern) in der Enquete-Kommission beantworten, da sie maßgeblich an der Erstellung des Berichtes mitgewirkt habe. Transparenz sei oberstes Gebot. Dem sollten sich alle Kommissionsmitglieder verpflichtet fühlen. Öffentlichkeit müsse in breitem Rahmen garantiert werden und über die bloße Teilnahme von interessierten Bürgern an den Sitzungen der Enquete-Kommission hinausgehen.

Dr. Wolfgang Weiß führt aus, dass er Roland Blank dahingehend verstanden habe, die Lebenssituation der Älteren in Mecklenburg-Vorpommern als Ausgangspunkt der Tätigkeit der Enquete-Kommission zu wählen. Er unterstreicht, dass die der Enquete-Kommission übertragene Aufgabe auf zukünftige Entwicklungen ausgerichtet sein müsse, auf Entwicklungsschienen und nicht auf bestimmte Zeitpunkte. Das Zurückgreifen auf Bestehendes sei immer rückwärts gerichtet. Vor diesem Hintergrund seien die Zeitachsen und die Zeithorizonte stets konkret festzulegen. Dies sei auch mit Blick auf die Haushalte und deren Strukturen von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Vors. **Jörg Heydorn** stimmt Dr. Wolfgang Weiß zu und stellt fest, dass die Älteren sich in den nächsten 20 bis 30 Jahren zur quantitativ stärksten Bevölkerungsgruppe in Mecklenburg-Vorpommern entwickeln werden. Daher sei durch die Enquete-Kommission dieser Zeitraum in den Fokus des Handelns zu stellen. Die Enquete-Kommission habe neben der Ableitung geeigneter Maßnahmen, der Benennung der Akteure und der Festlegung von Zeiträumen auch die Frage nach der Finanzierbarkeit entsprechender Handlungsvorschläge zu beantworten.

Abg. **Maika Friemann-Jennert** geht davon aus, dass vor den Mitgliedern der Enquete-Kommission eine große Fleißarbeit liege. Sie unterbreitet den Vorschlag, wesentliche, bereits vorliegende Arbeitsgrundlagen in Form von Diskussionspapieren, Gutachten oder Abhandlungen dem Sekretariat der Enquete-Kommission mit dem Ziel zur Verfügung zu stellen, diese allen Kommissionsmitgliedern zugänglich zu machen. Das gewährleiste eine annähernd gleiche Ausgangslage für alle. Darüber hinaus soll-

ten Impulsvorträge zu den einzelnen Schwerpunktthemen ernsthaft in Erwägung gezogen werden. Daraus ließen sich auch grundsätzliche Fragen leichter und detaillierter ableiten. Sollten Erkenntnisdefizite im Zusammenhang mit der Kreisgebietsreform festgestellt werden, so seien diese ebenfalls von Anfang an auf die Agenda der Enquete-Kommission zu setzen.

Abg. **Bernd Schubert** sieht in der bisher geführten Diskussion bereits einen Vorgriff auf dessen, was in der nächsten Sitzung in der Enquete-Kommission zu beraten sei. Er schlägt vor, einen konkreten Fragenkatalog zusammenzustellen und daraus dann ableitend Festlegungen hinsichtlich der Durchführung von Expertenanhörungen, Beauftragung von Gutachten, Bereitstellung bereits vorliegender Materialien et cetera zu treffen. Dazu solle jede Fraktion nochmals intern über eigene Schwerpunktsetzungen nachdenken. Damit wirke man der Gefahr entgegen, sich thematisch zu verzetteln.

Roland Blank hebt am Beispiel der Thematik Wohnen hervor, dass die Problemlage zwischen städtischen Ballungszentren und dem ländlichen Raum sehr vielschichtig sei. Diese Vielfalt und Unterschiedlichkeit lasse sich aber sehr gut darstellen. Anhand einer in Auftrag gegebenen Situationsanalyse in den ländlichen Regionen sei noch in diesem Jahr geplant, hierzu eine Diskussion mit Vertretern von Politik und Wohnungsunternehmen zu führen. In den Städten stünden die Themen „Energie“ und „Demografie“ unter besonderer Berücksichtigung der Anpassung der Wohnungen an zukünftige Bedarfe auf der Tagesordnung. Es sei immer die Frage zu stellen, wie man letztendlich mit den gewonnenen Erkenntnissen umgehe. Die Enquete-Kommission müsse sich hierzu rechtzeitig positionieren.

Vors. **Jörg Heydorn** unterbreitet den Vorschlag, Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission zu den einzelnen Schwerpunktthemen sehr zeitnah in den Landtag einzubringen und darauf hinzuwirken, dass diese unmittelbar in Beschlüsse des Parlamentes münden. Das setze jedoch voraus, dass sich die Enquete-Kommission auf eine einheitliche Handlungslinie verständige, die die jeweiligen Interessenlagen analysiere, systematisiere und von allen Akteuren gemeinsam mitgetragen werde.

PUNKT 3 DER TAGESORDNUNG

Allgemeine Kommissionsangelegenheiten

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine Wortmeldungen.

Vors. **Jörg Heydorn** beruft die nächste Sitzung zum 30. Mai 2012 um 10:00 Uhr ein.

Ende der Sitzung: 11:13 Uhr

Wi/Bo/Ka/Re/Br

Beate Schlupp
1. Vizepräsidentin

Jörg Heydorn
Vorsitzender